

Blick in die freie Presse

Zu Lust und Risiken des Kapitalverkehrs

Lucas Zeise

Da ist der Leser ganz schön überfordert. Jede Zeitung, die auf sich hält, bringt mindestens zehn Artikel zur korrupten FIFA (internationaler Fußballbund) und ihrem korrupten Präsidenten Joseph »Sepp« Blatter. Die Sender machen alle damit auf und liefern Sonderberichte in Hülle und Fülle. Sie hatten diese Informationen gebunkert. Jetzt können sie raus. Denn nun hat die Justizministerin der USA in großer Pressekonferenz in Brooklyn, New York, den bösen Feind benannt und 14 Offizielle des Fußballverbandes angeklagt. Endlich. Endlich können die Redakteure der freien und nicht gelenkten Presse unseres Landes nach Herzenslust schreiben, was sie schon immer wollten.

Um allerdings zu erfahren, warum es gerade die US-Justiz ist, die die Funktionäre aus allen möglichen Ländern anklagt und einen Verband aufs Korn nimmt, der in der Schweiz seinen Sitz hat, musste man viele Artikel sorgfältig durchstöbern. Warum verhaften die Schweizer die inkriminierten Personen, um sie den US-Behörden auszuliefern? Warum ist es nicht umgekehrt? Die Schweizer sind nicht die schnellsten, muss man mutmaßen, und Präsident Blatter ist Schweizer Staatsbürger. Im weitgehend fußballfreien Land USA aber sind Regierung und Justiz für die ganze Welt zuständig. Die Begründung für die Zuständigkeit in der FIFA-Sache ergibt sich nach US-Recht, wie ich am Schluss meiner Recherchen aus versteckten Hinweisen in der Tagespresse erfahre, aus der Tatsache, dass Schmiergeldzahlungen über US-Banken abgewickelt wurden.

Das ist das Schöne, wenn man an der Spitze sitzt. Man bestimmt die Tagesordnung und sagt anderen, wann es wo lang geht. Erst als Washington entdeckte, dass der »Islamische Staat« (IS) eine böse Terrororganisation ist, und nicht wie zuvor behauptet, ein geachtetes Mitglied der Vereinigung der »Freunde Syriens«, konnten die Medien nach Herzenslust die Brutalität dieser kriminell-fanatischen Bande schildern. Im Nahen Osten, bei den unberechenbaren Arabern, ist es auch für die US-Regierung und die ihr wohlgesonnene freie Presse manchmal schwer, Freund und Feind klar auseinanderzuhalten. Einfacher ist die Lage in Europa. Dort wird mal eben eine Anleihe der Ukraine über eine Milliarde Dollar mit der unbedingten Garantie der USA versehen. So muss das Pleiteland kaum mehr Zinsen zahlen als der Finanzminister der USA für seine eigenen Schulden. Das ist konsequent, erregt aber keinerlei Aufmerksamkeit. Im eigenen Hinterhof, also Lateinamerika, war das US-Finanzministerium nie so großzügig.

Griechenland ist ein anderer Fall, der sich im Hinterhof Deutschlands abspielt. Hier weigert sich die deutsche Presse, den Vorgaben der US-Regierung zu folgen, die eine gütliche Einigung bevorzugt, und betet strikt Herrn Schäuble nach, für den die griechische Regierung fast so schlimm und verschlagen wie das SED-Regime von einst ist. Man kann gespannt sein, wie die demnächst zu erwartende plötzliche Wende, dass es doch schon zugesagtes Geld für Athens alte Gläubiger gibt, dann dargestellt wird. Vielleicht so: »Tsipras kapituliert und verrät seine Wähler.«

Unser Autor ist Finanzjournalist und Publizist. Er lebt in Frankfurt am Main

<http://www.jungewelt.de/2015/05-30/038.php>